Oelser Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag. Pränumerationspreis vierteljährlich 60 Pf., durch die Post bezogen 75 Pf.

Inserate werden bis Donnerstag Mittag in der Expedition angenommen und kostet die gespaltene Zeile 10 Pf.

Redacteur: Hugo Ludwig.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Oels.

№ 3. Oels, den 22. Januar 1886. 24. Jahrg.

Amtlicher Theil.

A. Bekanntmachungen des Königlichen Landraths-Amts.

Nr. 28. Oels, den 20. Januar 1886.

Diejenigen Armenverbände, welche mit der Einreichung der Zählkarten für die Armenstatistik pro 1885 noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, die qu. Zählkarten **schleunigst** einzuschicken, wobei noch bemerkt wird, daß die Zählkarte B für Armenverbände in jedem Falle, auch wenn Unterstützte am Orte **nicht** vorhanden sind, auszufüllen ist. Kann eine Frage trotz sorgfältigster Recherchen nicht beantwortet werden, so ist dies durch Hinschreiben der Worte: „Nicht zu ermitteln" anzugeben.

Nr. 29. Oels, den 20. Januar 1886.

Diejenigen Herren Amtsvorsteher, welche mit der Einreichung der Verhandlungen über vorgefundene Unregelmäßigkeiten bei den Revisionen der Maaße und Gewichte noch im Rückstande sind, werden hiermit ersucht, dieselben baldgefälligst einzureichen. (Krbl.-Verf. v. 30. IX. 1885. Krbl. S. 197.)

Nr. 30. Oels, den 13. Januar 1886.

Der Hebammenbezirk Gutwohne, bestehend aus den Ortschaften Gutwohne, Döberle, Jenkwitz, Carlsburg und Jackschönau, ist vakant. Geprüfte Hebammen oder qualificirte Persönlichkeiten, welche die Hebammenkunst erlernen und in dem Bezirke angestellt sein wollen, wollen sich baldigst bei mir melden.

Nr. 31. Oels, den 19. Januar 1886.

Personal-Chronik.

Vereidigt: a. der Sekretair des Thronlehns Oels Paul Matern aus Oels als Gutsvorsteher-Stellvertreter für den selbstständigen Gutsbezirk Schloß Oels,

b. der Bauergutsbesitzer Wilhelm Pohl aus Groß-Ellguth als Schöffe für die Gemeinde Groß-Ellguth.

Der Königliche Landrath.
J. V.:
Raabe,
Königlicher Kreis-Sekretair.

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Zucklau, den 14. Januar 1886.

Der Knecht Ernst Sternahl hat sich für das Jahr 1886 auf das Dominium Neudorf vermiethet. Da Sternahl den Dienst am 2. Januar cr. nicht angetreten und die Vermuthung nahe liegt, daß sich derselbe anderweit im Kreise vermiethet hat, so ersuche ich die Ortsbehörde, bei welcher Sternahl die Anmeldung bewirkt hat, dem Unterzeichneten hiervon schleunigst Mittheilung zu machen.

Der Amtsvorsteher.
Döhring.

Zucklau, 20. Januar 1886.

Der Knecht August Stender, in Strehlitz hiesigen Kreises geboren, hat sich für das Jahr 1886 zu dem Erbscholtiseibesitzer Dabisch in Bogschütz vermiethet. Da Stender den Dienst am 2. Januar cr. nicht angetreten hat und die Vermuthung nahe liegt, daß sich derselbe anderweit im Kreise vermiethet hat, so ersuche ich die Ortsbehörde, bei welcher Stender die Anmeldung bewirkt hat, mir hiervon schleunigst Mittheilung zu machen.

Der Amtsvorsteher.
Döhring.

Oels, den 8. Januar 1886.

Steckbrief.

Gegen den früheren Handlungs-Commis Hermann Sperling aus Kraschnitz ist vom Amtsgericht Militsch wegen dringenden Verdachts der Urkundenfälschung die gerichtliche Haft beschlossen worden. Derselbe, dessen Aufenthalt unbekannt ist, ist etwa 20 Jahre alt, von schlanker Figur, bartlos, hat längliche Gesichtsbildung, gelbliche Gesichtsfarbe und schwarzes Haar.

Es wird ersucht, den Sperling im Betretungsfalle festzunehmen und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern. J. 856/85.

Der Erste Staats-Anwalt.

Breslau, den 11. Januar 1886.

Die nachstehende Erklärung:

„Im § 7 des Vertrages vom 6./12. März 1884, betreffend den Uebergang des Oels-Gnesener Eisenbahn-Unternehmens auf den Staat (Gesetz-Sammlung Seite 161) ist dem Staate das Recht eingeräumt, nach Ablauf der für den Umtausch der Aktien gegebenen Frist zu jeder Zeit das Eigenthum der Oels-Gnesener Eisenbahn nebst Zubehör zu erwerben und die Auflösung der Gesellschaft ohne Weiteres herbeizuführen. In diesem Falle hat der Staat die Prioritäts-Anleihe sowie alle sonstigen Schulden der Oels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft als Selbstschuldner zu übernehmen.

Indem wir auf Grund der uns durch § 5 des Gesetzes vom 17. Mai 1884, betreffend den weiteren Erwerb von Eisenbahnen für den Staat (Gesetz-Sammlung Seite 129), ertheilten Ermächtigung von dem gedachten Rechte für den Staat hierdurch Gebrauch machen, erklären wir hiermit zugleich, daß derselbe die Prioritäts-Anleihe — soweit dieselbe noch nicht zurückgezahlt ist — sowie alle sonstigen Schulden der Oels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft als Selbstschuldner übernimmt.

Berlin, den 1. Januar 1886.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten. Maybach.

Der Finanz-Minister. v. Scholz.

II b. 17510. M. d. ö. A.“
I. 15075. F.-M.

wird hiermit veröffentlicht.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Brandt.

Berlin W., 11. Januar 1886.

Bekanntmachung.

Packetverkehr mit den Straits-Settlements.

Nach den Straits-Settlements (Singapore, Penang, Malacca) können fortab Packete ohne Werthangabe auf dem Wege über Triest und Bombay befördert werden. Das Porto, welches vom Absender vorausbezahlt werden muß, beträgt 1 Mark für je 500 Gramm oder einen Theil von 500 Gramm. Ueber die Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

von Stephan.

Nebst einer Beilage.

Beilage zu Nr. 3 des Oelser Kreisblattes.

Die Ausweisungsdebatte im Reichstage.

Aus Anlaß der Interpellation Jagdzewski fand am Freitag und Sonnabend im Reichstage eine Debatte über die von der preußischen Regierung im deutsch-nationalen Interesse für erforderlich erachtete Maßregel der Ausweisung fremdländischer Unterthanen polnischer Zunge aus den östlichen Provinzen statt, welche zu dem nicht etwa nur von den polnischen Abgeordneten, sondern auch von den sog. „Deutsch"-Freisinnigen, den Ultramontanen, den Sozialdemokraten, Volksparteilern, Dänen, Welfen und Elsaß-Lothringern angenommenen Beschlusse führte: „die Ueberzeugung auszusprechen, daß die von der königlich preußischen Regierung verfügten Ausweisungen russischer und österreichischer Unterthanen nach ihrem Umfange und nach ihrer Art nicht gerechtfertigt erscheinen und mit dem Interesse der Reichsangehörigen nicht vereinbar sind." Den Gegnern des Reichs muß ob dieser Demonstration förmlich das Herz im Leibe lachen, konnte doch der elsaß-lothringische Abgeordnete Simonis jenen Tag, wo die Polenfrage verhandelt wurde, als den schönsten Tag bezeichnen, den er im Reichstage erlebt habe! Mit ihm stimmte Herr Bamberger völlig überein, indem er sagte: „Ich empfinde über diese Verhandlungen eine tiefe Freude." Er wie alle seine polenfreundlichen Gesinnungsgenossen thaten den Sozialdemokraten den Gefallen, die Ausweisungen als „Denkmal der Schande" hinzustellen und ihnen das „verdiente Brandmal aufzudrücken."

Der tiefen Entrüstung über dieses Vorgehen haben schon die Vertreter der wahrhaft nationalen Parteien im Reichstage Ausdruck gegeben; noch beredter war die Sprache des Bundesraths, der einem solchen Schauspiel, wie es von den oppositionellen Parteien trotz der Kaiserlichen Botschaft vom 30. November in Scene gesetzt war, fern blieb. Das deutsche Volk aber, — wird es dieser Majorität zujubeln und Dank sagen? Geschähe es, dann giebt es kein Nationalgefühl mehr. In Jedem aber, der ein echtes deutsches Herz im Leibe hat, muß sich das Innere empören über diesen völligen Mangel an nationalem Empfinden, an dem, was man dem nationalen Interesse und der nationalen Ehre schuldig ist, wie ihn dieser Reichstag documentirt hat, indem er der preußischen Regierung, ohne dieselbe irgendwie gehört zu haben, unter den schärfsten Angriffen in einer Sache in den Arm fiel, welche den Schutz und die Sicherheit der deutschen Nation zum Gegenstande hat.

Ist denn die ganze langjährige Arbeit der Stärkung des nationalen Gemeinsinns so vergeblich gewesen, daß derselbe heute von dem deutschen Reichstage verleugnet werden kann? Der nationale Gedanke muß wenigstens in denen, welche sich an dieser „Hinrichtung" betheiligten, vollständig verblaßt sein, wie es im Februar des Jahres 1863 bei jener berühmten Polendebatte der Fall war. Auch damals wie heute klagte man die Regierung im Interesse der Polen an, daß „die Existenz ihres Wesens die Nichtachtung des Rechts ist", auch damals nahm man — wie es heute Herr Windthorst that — das Recht für sich in Anspruch, den „falschen Rathschlägen", welche dem König gegeben werden, entgegenzutreten. Die Mahnung des Ministerpräsidenten von Bismarck, „daß auch für Schmähungen gegen die eigene Regierung vor der Oeffentlichkeit und vor dem Auslande gewisse Grenzen sich empfehlen", hat nichts gefruchtet, und auch heute noch würde er dieser Majorität zurufen können: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt."

Deutschland hat Ursache, über den 15. und 16. Januar 1886 zu trauern! Was man nicht für möglich gehalten hätte, daß der deutsche Reichstag zu Gunsten fremdländischer Polen gegen die eigene, nur den nationalen Interessen dienende Regierung demonstriren würde, ist geschehen. Aber wir haben die Zuversicht, daß das deutsche Volk nicht mit Herrn Bamberger über diese Verhandlungen tiefe Freude, sondern tiefe Scham und den Beschluß des Reichstags als einen solchen empfinden wird, der nur dazu führen kann, das Ansehen und die Ehre des deutschen Namens herabzusetzen.

Die Budgetrede des Finanzministers.

Die Erläuterungen, mit denen der Finanzminister von Scholz den preußischen Staatshaushaltsetat für 1886/87 am Sonnabend dem Abgeordnetenhause vorlegte, zerfallen in zwei Theile: der erste ist der Darlegung der Finanzlage gewidmet, der zweite den Aufgaben, die hieraus resultirten.

Der Stand der Finanzlage richtet sich nach den sicher vorhandenen oder zu erwartenden Einnahmen und den Bedürfnissen, für deren Befriedigung Ausgaben gemacht werden müssen. Das „Strecken nach der Decke" ist auch bei der Aufstellung des neuen Etats wieder der leitende Grundsatz gewesen, aber trotz weitgehender Beschränkung und Sparsamkeit reichen die Einnahmen nicht aus, um die gesetzlich feststehenden oder die nächsten, nicht weiter aufzuschiebenden Bedürfnisse vollkommen zu decken. Es verbleibt ein Deficit van 14,154,000 M., welches durch eine Anleihe aus der Welt zu schaffen ist. Das für das laufende Jahr veranschlagte Deficit belief sich auf 22,369,000 M., das sich indeß wegen der im vorigen Jahr vom Reichstage beschlossenen Einschränkung der Matricularbeiträge um 2,043,000 M. verringert hat. Indem der neue Etat nur einen Fehlbetrag von etwas mehr als 14 Millionen in Aussicht nimmt, stellt sich die Finanzlage um etwa 6 Millionen günstiger, als in dem laufenden Jahre.

Daß die regelrechten Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht hinreichen, kann Niemanden überraschen, welcher einmal die gesetzlich festgestellte Ueberweisung eines Theils der Mehrerträge aus den Zöllen an die Kreise, sodann die durch das Volksschullehrerpensionsgesetz veranlaßten Mehrausgaben — die auf 2,832,000 M. berechnet sind — und schließlich die voraussichtliche abermalige Steigerung der an das Reich zu zahlenden Matrikularbeiträge in Rechnung zieht. Wenn man weiter erwägt, daß keine Ueberschüsse aus den Vorjahren vorhanden sind, da dieselben nach dem Eisenbahngarantiegesetz zur Verminderung der Staatsschuld verwandt werden mußten, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen über den Steuererlaß dieser sich in dem

neuen Etat auf 23½ Millionen Mark erhöht hat, und daß die bedrängte Lage der Landwirthschaft und die Stockung des Absatzes auf industriellem Gebiete sich auch bei den Einnahmen der großen Betriebsverwaltungen geltend machen müssen, daß ferner nicht mehr zurückzustellende Bedürfnisse wie betreffs der Gehaltsaufbesserungen für einige Beamtenkategorien und der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für Lehrer an staatlichen höheren Unterrichtsanstalten, zu berücksichtigen sind, für Den erklärt sich das Deficit auf ganz natürliche Weise.

Der Finanzminister hat aber auch nicht unterlassen, den Folgerungen vorzubeugen, welche eine übelwollende Kritik hieran knüpfen könnte. Wir wissen aus dem vorigen Jahre, daß die Opposition sofort die Reichsfinanzpolitik dafür verantwortlich machen wird. Aber gerade dieser Politik verdanken wir es, daß die Finanzlage Preußens eine verhältnißmäßig noch so günstige ist. Vom Reich erhält Preußen nach dem neuen Etatsentwurf 17½ Million Mark herausgezahlt, während es vor sieben Jahren 41½ Million M. dahin abführen mußte. Ohne die Reichsfinanzpolitik hätten wir heute nicht nur 59 Millionen Mark an das Reich zu zahlen, sondern wahrscheinlich sehr viel mehr, da sich in den letzten sieben Jahren bekanntlich die Bedürfnisse des Reichs sehr vermehrt haben. Woher sollten wir wohl heute das Geld hernehmen, um den Pflichten gegen das Reich zu genügen? Die Rückgängigmachung des Steuererlasses würde auch nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten.

Damit ist die Reichsfinanzpolitik für Jeden, der sich belehren lassen will, in genügender Weise gerechtfertigt. Aber zugleich liegt darin auch eine dringende Aufforderung, dieselbe weiter zu führen und zu vollenden, nicht nur im Interesse der Beseitigung des Staatsdeficits, sondern vor Allem für die Befriedigung großer unabweisbarer Bedürfnisse im Staat und Commune, die nicht auf die Dauer unbefriedigt gelassen werden können. Mit dem gegenwärtigen Stand der Einnahmen und mit den eigenen Mitteln des Staates können wir, was nunmehr als genügend erwiesen anzusehen ist, aus den kümmerlichen Finanzverhältnissen nicht herauskommen. Demgemäß hat der Finanzminister als die wichtigste Aufgabe der Zukunft die Einführung des Branntweinmopols bezeichnet. Diese wird Sache des Reichs sein, das Interesse aber, welches Preußen daran hat, ergiebt sich aus den Aufgaben, welche Preußen, nächst der Bilanzirung seiner Einnahmen und Ausgaben und der Aufbesserung der Beamtenbesoldungen, erwachsen und welche der Finanzminister kurz in Folgendem zusammengefaßt hat: die Hälfte der Schullasten soll auf die Staatskasse übernommen, die ganze Grund- und Gebäudesteuer den Communen überwiesen und damit auch das System der Zuschläge zu diesen Steuern beseitigt und schließlich eine Reform der Klassen- und Einkommen- in Verbindung mit der Gewerbesteuer in der Weise in Angriff genommen werden, daß fortan nur noch eine einheitliche Einkommensteuer mit 3 Procent vom fundirten Einkommen und mit einem geringeren Satze vom unfundirten zu erheben bleibt.

Das vom Finanzminister aufgestellte Programm enthält mit der in dem neuen Etatsentwurf zum Ausdruck kommenden Finanzlage die Rechtfertigung und steuerpolitische Begründung des Branntweinmonopols. die mit sachlichen Gründen zu bekämpfen und zu entkräften der Opposition schwerlich gelingen wird. Wer aber diesem Programm beipflichtet — und in fast allen Punkten kommen damit nur frühere schon längst als berechtigt anerkannte Forderungen zum Vorschein —, der hat auch die Pflicht, in diesem Sinne zu wirken. Hoffen wir, daß auch der preußische Landtag dieser seiner Pflicht eingedenk sein wird.

Kirchliche Nachrichten.

Am 3. Sonntage nach Epiphanias
predigen in der Schloßkirche:

*)Frühpredigt 6½ Uhr: Herr Propst Thielmann.
*)Amtspredigt 9 Uhr: Herr Superintendent Ueberschär.
*)Nachmittags-Predigt 1½ Uhr: Herr Diakonus Krebs.
Beichte früh ½9 Uhr: Herr Propst Thielmann.
Montag, den 25. Januar, Abends 7 Uhr, Bibelstunde: Herr Superintendent Ueberschär.

Wochenpredigt:

Donnerstag, den 28. Januar, früh 8½ Uhr: Herr Superintendent Ueberschär.
Amtswoche: Herr Propst Thielmann.
*) Collecte für den Jerusalem-Verein.

N. 860.

Auskunft ertheilt: **Jnl. Sachs, Breslau, Graupenstrasse 9, und Wilh. Mahler, Berlin,** Invalidenstrasse 121.

Wir haben unser Lager von

Steinkohlen, Holz, Bauartikeln, Düngemitteln 2c.

vom Bahnhofe nach unserem neuen Platz

Ohlauerstraße Nr. 40

heut verlegt, wovon wir geneigtest Kenntniß zu nehmen bitten.

Oels i. Schl., den 8. Januar 1886.

Neugebaur & Wilke.

Comptoir: Schloß- und Herrenstraßen-Ecke.

Die Lieferung und Aufbringung von rot. 380 qm kiefernen Bohlenbelages und rot. 7 cbm kieferner Schwellen für die Brücken 2c. mit eisernen Ueberbauen der Neubaustrecke Hundsfeld—Trebnitz soll öffentlich vergeben werden. Termin zur Eröffnung der Angebote am 5. Februar cr., Vormittags 11 Uhr, im Bureau des unterzeichneten Betriebs-Amtes. Ebendort liegen die Bauwerkszeichnungen zur Einsicht aus. Die Lieferungsbedingungen nebst Ausschreibungs-Verzeichniß können gegen porto- und abtragsfreie Einsendung von 1 M. vom Betriebs-Sekretär Mey daselbst bezogen werden. Die Angebotsschreiben müssen mit der Aufschrift: „Angebot auf Lieferung der Bohlenbeläge für die Bauwerke Hundsfeld—Trebnitz" versehen sein. Der Zuschlag wird innerhalb 14 Tagen nach obigem Termine ertheilt.

Breslau, den 18. Januar 1886.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
(Breslau-Tarnowitz).

Formulare zur Gemeinderechnung

sind in der Hofbuchdruckerei von **A. Ludwig** vorräthig.